

Die Krise von 1956. Die Spaltung der FDP-Bundestagsfraktion unter der Führung August Martin Eulers und die Folgen für die hessische FDP

Das erste Jahrzehnt in der Geschichte der Freien Demokraten war geprägt durch die Suche nach der Positionierung im Parteiensystem sowie der Frage nach Parteityp und -organisation. Diese bildete den Hintergrund für Auseinandersetzungen über die Ausrichtung der FDP als Milieu- oder Volkspartei, beziehungsweise ob den Liberalen die Rolle als Funktionspartei ausreiche, oder ob man versuchen müsse, die Mitgliederbasis aktiv zu vergrößern. Insbesondere die Frage nach dem Verhältnis zu den beiden großen Parteien CDU und SPD sorgte für innerparteilichen Sprengstoff. Der Vorstellung von der FDP als Kern und Sammelbecken einer »dritten Kraft«, die durch die Assimilation des protestantisch-bürgerlich-konservativen Lagers rechts der CDU eine gleichrangige Position gegenüber den Christ- und den Sozialdemokraten inne habe, stand der Wille gegenüber, die FDP ähnlich wie im Parlamentarischen Rat politisch-programmatisch zwischen Union und SPD zu verorten, um ihr so ein Maximum an Einflussmöglichkeiten zu eröffnen.¹

Diese Auseinandersetzungen bildeten die Matrice für die Ereignisse des Jahres 1956. Nach heftigen Konflikten in der Bonner Koalition und dem Versuch Konrad Adenauers, den liberalen Koalitionspartner durch eine Wahlrechtsänderung einzuschüchtern, votierte der nordrhein-westfälische Landesverband für eine Koalition mit der SPD und sah dies auch als grundsätzliche Alternative zum bürgerlichen Regierungsbündnis auf Bundesebene. Die Folgen dieses »Jungtürken-Aufstandes« in Düsseldorf erschütterten die Partei und führten zur Abspaltung des Ministerflügels und der Gründung der (kurzlebigen) FVP, die unter anderem vom hessischen Landesvorsitzenden August Martin Euler betrieben wurde.

In Anbetracht der Tatsache, dass der FVP kein Erfolg beschert war und sie somit keine dauerhafte Konkurrenz für die FDP darstellte, wird das Jahr 1956 in der Forschung oftmals kaum mehr als eine Etappe im politischen Wandel der Partei angesehen. Die Parteiorganisation sei nur wenig belastet worden und es seien nur unbedeutende Mitgliederverluste zu verzeichnen gewesen.

1 Hans-Heinrich Jansen: Dritte Kraft oder Partei der Mitte? Die FDP in den fünfziger Jahren. Unveröffentlichte Habilitationsschrift. Frankfurt 2000, S.2 ff.

Vielmehr bedeute das Wegbrechen des Flügels um Euler und Blücher auch eine Chance für die Liberalen. »Die Partei wirkte nun einträchtiger, geschlossener; vor allem hatte sie ein Zeichen ihrer Unabhängigkeit und Selbstständigkeit gesetzt. Das tat ihrem Selbstbewußtsein gut.«²

Ein solches Bild zeigt sich auch in den Bundesvorstandsprotokollen des Jahres 1956,³ betrachtet man jedoch andere Quellen aus der Zeit, wie z.B. Briefwechsel, so gewinnt man einen konträren Eindruck.

Im folgenden wird zu zeigen sein, dass der Austritt Eulers zumindest in seinem hessischen Heimatverband einer Spaltung und einer wirklichen Existenzgefährdung gleichkam.

Zahlreiche Kreisverbände lösten sich auf oder mussten ihre Arbeit einstellen, es kam zu großen finanziellen Schwierigkeiten, und die hessische FDP hatte in den folgenden Jahren erhebliche Wahlverluste zu verkraften. Es bedurfte des Einsatzes einzelner wie Max Becker, Oswald Kohut und Wolfgang Mischnick, und vor allem großer finanzieller Unterstützung von Seiten des Bundesverbandes, um die hessischen Liberalen wieder zu stabilisieren.

Der Austritt der Gruppe um Euler bedeutete für den eher linken Flügel der Partei jedoch die Möglichkeit, neue Ideen und Strategien zur Diskussion zu stellen und langfristig auch durchzusetzen. Die hessische FDP vollzog in den sechziger Jahren den Wandel von einem ausgesprochen rechtskonservativen Landesverband zu einem Träger der linksliberalen Ausrichtung der Bundespartei.

Möchte man diese Entwicklung nachvollziehen, steht man vor der Schwierigkeit, dass kaum Akten des Landesverbandes aus dieser Zeit vorhanden sind. Die Überlieferung im Hessischen Hauptstaatsarchiv in Wiesbaden setzt größtenteils erst Ende der sechziger Jahre ein. Dies trifft auch für die Akten des hessischen Landesverbandes im Archiv des Liberalismus in Gummersbach zu, für die fünfziger Jahre sind lediglich Briefwechsel der Landesgeschäftsstelle und einige wenige Sachakten zu finden. Um so größere Bedeutung ist den Nachlässen der damals Beteiligten beizumessen. Zwar schweigt der kleine Nachlass Eulers in Gänze zu den Ereignissen um das Jahr 1956, in den Nachlässen Beckers und Mischnicks ist dafür um so mehr überliefert. Ergänzt werden diese beiden Bestände durch Unterlagen aus den Nachlässen der Bundesvorsitzenden Dehler, Maier und Mende.

Die Gründung der hessischen FDP erfolgte wie auch in anderen Regionen Deutschlands als Wiederanknüpfung an die Traditionen der Weimarer Repu-

2 Peter Lösche/Franz Walter: Die FDP. Richtungsstreit und Zukunftszweifel. Darmstadt 1996, S. 43; siehe auch Lutz Nickel: Dehler – Maier – Mende. Parteivorsitzende der FDP. Polarisierer – Präsident – Generaldirektor. München 2005, S. 105.

3 FDP-Bundesvorstand, Die Liberalen unter dem Vorsitz von Thomas Dehler und Reinhold Maier. Sitzungsprotokolle 1954-1960. Bearbeitet von Udo Wengst. Düsseldorf 1991, S. 11f.

blik. Auch in Hessen kämpften die Liberalen mit der Problematik einer fehlenden kompakten Wähler- und Mitgliederschicht sowie dem traditionellen Gegensatz zwischen National- und Linksliberalismus. So bestanden erhebliche Differenzen zwischen verschiedenen Kreisverbänden. Während sich Kreisverbände wie Kassel und Bad Hersfeld eher in der Tradition der DVP, der Deutschen Volkspartei, sahen und stark nationalliberale Züge trugen, verstand sich z.B. der Kreisverband in Marburg eher als linksliberale Gründung.

Eine deutliche Verschiebung erfolgte in den ersten Jahren nach der Gründung durch den Eintritt von ehemaligen Anhängern der Deutschnationalen Volkspartei, der DNVP, sowie durch den Zustrom vormaliger NSDAP-Wähler, die der Partei eine eher rechtskonservative Prägung gaben. Ihren Ausdruck fand diese Prägung in der Wahl August Martin Eulers zum hessischen Landesvorsitzenden 1946/47, unter dessen Vorsitz sich die Partei im Sinne einer Sammlung des mittelständischen Bürgertums eindeutig rechts der CDU positionierte und ihren Schwerpunkt im ländlichen, protestantisch geprägten Nordhessen hatte.

Mit dieser Ausrichtung und der damit einhergehenden vehementen Ablehnung des Sozialismus konnte die hessische FDP bis Mitte der fünfziger Jahre auch als Oppositionspartei starke Wahlergebnisse erringen. Diese Erfolge waren nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass es den Liberalen gelang, sich als einzige ernsthafte Alternative zu der in Hessen dominierenden SPD zu präsentieren. Die Abgrenzung der CDU zu den Sozialdemokraten fiel dahingegen aufgrund des von ihr vertretenen christlichen Sozialismus nicht deutlich genug aus.⁴

Dieses nationale Konzept, mit dem man ganz offen auch ehemalige Nationalsozialisten an sich binden wollte, erwies sich als erfolgreich. Die FDP konnte in Hessen mit der CDU konkurrieren und errang teilweise sogar das zweitstärkste Ergebnis bei Wahlen nach der SPD. So konnten die Liberalen bei der Kreistagswahl in Hessen 1948 im Schnitt 21,9% der Wählerstimmen auf sich vereinigen, wobei es ihnen gelang, dieses Ergebnis bei der Bundestagswahl 1949 mit 28,1% sogar noch zu übertreffen.⁵

Die Wahlerfolge auf Landesebene ermöglichten es der hessischen FDP, zumindest in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre auf Bundesebene mit den großen Landesverbänden aus Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg auf Augenhöhe zu sein.⁶

4 Wolfgang Staudt: Liberale in Hessen seit 1945. Materialien zum 50jährigen Bestehen der F.D.P. in Hessen. Wiesbaden 1996, S. 31.

5 Hessisches Statistisches Landesamt: Staat und Wirtschaft in Hessen 11(1988), S. 340; Hessisches Statistisches Landesamt: Staat und Wirtschaft in Hessen 10(1990), S. 322.

6 Jansen (wie Anm. 1), S. 441.

In den folgenden Jahren kristallisierte sich dann immer stärker ein Gegensatz zwischen dem hessischen Landesvorsitzenden Euler und der Politik, aber auch der Person des neuen Bundesvorsitzenden Thomas Dehler heraus, der schließlich in dem Austritt Eulers aus der Partei im Jahre 1956 seinen Abschluss fand.

Die von Dehler betriebene stärkere Profilierung der FDP als eigenständige Partei zeigte sich nicht nur in seiner vehementen Ablehnung des politischen Katholizismus, sondern gerade auch in seiner, mitunter heftigen Kritik an der Außen- und Deutschlandpolitik Adenauers.⁷ So prangerte der Bundesvorsitzende der FDP an, dass die vom Bundeskanzler betriebene Westbindung Selbstzweck, und nicht dem Ziel der Wiedervereinigung Deutschlands untergeordnet sei.⁸

Diese Strategie des »begrenzten Konflikts« bzw. der »Opposition in der Koalition« war jedoch auch innerhalb der FDP stark umstritten.

Entgegen der von Euler später immer wieder vorgebrachten Begründung, dass der Austritt der vier Bundesminister und der 16 Bundestagsabgeordneten eine Reaktion auf den Sturz des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Karl Arnold und die Bildung einer sozial-liberalen Koalition in Düsseldorf gewesen sei⁹, lassen sich zumindest für Euler Abspaltungsbestrebungen spätestens im Frühjahr 1955 festmachen.

So kursierten bereits im April 1955 Gerüchte, wonach die Gründung einer sozialkonservativen Partei unter Beteiligung Eulers bevorstehe, was aber von diesem und seinem Umfeld auf der Bundesvorstandssitzung Ende April 1955 bestritten wurde.¹⁰ Nichtsdestoweniger erklärte Euler Anfang Mai auf Landesverbandsebene, dass er über große Geldsummen für die Neugründung einer Partei verfüge. Die Landtagsfraktion reagierte aber ablehnend auf ein solches Vorhaben und fasste einstimmig den Beschluss, dass »jeder Versuch, die Partei zu spalten, nicht opportun ist«. Auch wurde bereits zu diesem Zeitpunkt zukünftigen Einzelentscheidungen Eulers eine Absage erteilt, indem man festhielt, dass die Parteigremien über eine Abspaltung zu entscheiden hätten, wenn sich die äußeren Umstände änderten.¹¹

Dieses Urteil der Landtagsfraktion ist aber weniger als Votum für Dehler, sondern vielmehr als Ablehnung einer möglichen Spaltung zu sehen, da Dehler in Hessen aufgrund seiner Strategie des »begrenzten Konflikts« gegenüber

7 Nickel (wie Anm. 2), S. 98; Theo Rütten: Von der Plattform-Partei zur Partei des liberalen Programms. In: Wolfgang Mischnick (Hrsg.): Verantwortung für die Freiheit. 40 Jahre F.D.P. Stuttgart 1989, Seite 66-80, S. 77.

8 Rütten (wie Anm. 7), S. 74 ff.

9 August Martin Euler: Klare Entscheidung nötig. In: Kasseler Post, Nr. 57, 74. Jg., S. 3., 07.03.1956, Archiv des Liberalismus, Gummersbach (ADL), NL Becker, N 11-78.

10 Udo Wengst: Thomas Dehler. 1897 – 1967. Eine politische Biographie. München 1997, S. 266.

11 Beschluss der FDP-Landtagsfraktion vom 18.05.1955, ADL, NL Becker, N 11-78.

der CDU, vor allem aber auch wegen seines polarisierenden Politikstils umstritten war.

Als Dehler Ende September 1955 die Notwendigkeit von Änderungen an den Pariser Verträgen andeutete, da sie der Wiedervereinigung Gesamtdeutschlands im Wege stünden, trat der Konflikt zwischen dem Bundesvorsitzenden und Euler wieder deutlich hervor. Euler warf Dehler vor, vom »Dämon der Selbsterstörung« besessen zu sein und durch seine »permanenten Widersprüchlichkeiten« das Ansehen der Partei zu ruinieren. War Euler im Frühjahr des Jahres 1955 für seine offene Kritik an Dehler von den hessischen Liberalen noch gerügt worden, so wusste er in diesem Fall seinen Landesverband hinter sich. Der hessische Landesvorstand und die Landtagsfraktion distanzten sich in aller Form von den Aussagen Dehlers und forderten seinen Rücktritt vom Parteivorsitz. Auch Max Becker, der mit Dehler freundschaftlich verbunden war, hielt einen Rücktritt Dehlers vom Parteivorsitz aufgrund der »tiefgreifenden Unzufriedenheit« der hessischen Parteimitglieder für unausweichlich.¹²

Aufgrund dieser Auseinandersetzungen drängte der Bundesvorstand Dehler, an der erweiterten Hauptausschusssitzung des hessischen Landesvorstandes am 15. Oktober 1955 in Gießen teilzunehmen, um die Angelegenheit zu bereinigen. Auf dieser Sitzung wiederholte Euler seine harsche Kritik am Bundesvorsitzenden, der – so sein Biograph Wengst – mit dem Rücken zur Wand stand. Dehler gelang es jedoch die Vorwürfe zu parieren, indem er zwar eigene Fehler eingestand, gleichzeitig aber die öffentlich an ihm geübte Kritik der Hessen beklagte. Schließlich ginge es doch um »die richtige Politik« und »das Schicksal unseres Volkes«. Der Beifall zu Dehlers Aussage »Wir zerschlagen alles, wenn wir nicht zusammenhalten.« kann zudem als ein erneutes, deutliches Votum gegen Spaltungsabsichten Eulers verstanden werden, zumal Dehler später von einem Vertrauten darüber informiert wurde, dass sich in der anschließenden Aussprache zeigte, »wie viele Freunde Sie auch in unserem Landesverband besitzen«.¹³

Entgegen der in der Presseerklärung zu dieser Hauptausschusssitzung zum Ausdruck gebrachten Hoffnung, dass nun eine Parteilinie gefunden sei, die weitere Meinungsunterschiede ausschließen könne, schwelte der Konflikt jedoch weiter.

Dehler opponierte weiterhin öffentlich gegen die Deutschlandpolitik des Koalitionspartners CDU. So rügte er das Ergebnis der Genfer Außenministerkonferenz vom November 1955, was die Auseinandersetzungen mit Adenauer

12 Zitiert nach Wengst (wie Anm. 10), S. 271f.

13 Zitiert nach ebd. S. 272; Brief Wolfgang Kellners an Thomas Dehler vom 17.10.1955, ADL, NL Dehler, N1-1425.

verschärfte und den Kanzler veranlasste, ein Ultimatum zu stellen, ob die FDP noch zur Koalition und vorbehaltlos zur Außenpolitik stünde.

Zwar kam es zur Aussprache zwischen Außenminister Brentano und Dehler, der auch Mende und Euler beiwohnten, Dehlers Position war innerparteilich jedoch stark gefährdet.¹⁴

So konstatierte Euler am 25. November 1955, nur einen Tag nach dieser Aussprache, in einem Rundschreiben im Landesverband eine Parteikrise, die einen Misstrauensantrag gegen Dehler notwendig mache, da dieser als Partei- und Fraktionsvorsitzender »immer wieder Situationen unangenehmster Art« herbeiführe. Für den Fall eines Scheiterns dieses Misstrauensantrages seien aber zahlreiche Freunde der Bundestagsfraktion entschlossen, Konsequenzen zu ziehen, da die neuen Äußerungen Dehlers die optimistische Hoffnung verbieten, »dass eine weitere dilatorische Behandlung die FDP vor einer ersten Krisis bewahren könnte«. Daher müsse der hessische Landesverband geschlossen handeln, da Einzelaktionen die politische Kampfkraft des Landesverbandes bedrohten. »In einer Situation wie der jetzigen ist Kaltblütigkeit erforderlich ...«, die sich aber mit der Bereitschaft zu entschiedenem Handeln paaren müsse, wenn der Wechsel des Fraktions- und Bundesvorsitzes nicht erreicht werden könne.¹⁵

So sehr Dehler im hessischen Landesverband auch umstritten war, Eulers Vorgehen stieß erneut auf mehr oder minder offene Ablehnung. So ließ der Kreisverband Dillkreis Dehler nur einen Tag später, also am 26. November wissen, dass er Veröffentlichungen und Entschließungen ablehne, die die Einheit der Partei gefährdeten. Man könne sich zwar innerparteilich über Aussagen Dehlers auseinandersetzen, aber solche Auseinandersetzungen dürften niemals die Geschlossenheit der eigenen Organisation berühren. Weiter hieß es: »Nachteile durch Erklärungen des Bundesvorsitzenden stehen in keinem Verhältnis zu den vernichtenden Folgen einer Aufsplitterung der Partei, die ihr Ende bedeuten würde.«¹⁶

Parallel dazu erhielt Dehler Informationen darüber, dass auch der Kreisverband Wetzlar Maßnahmen plane, um die Position des Bundesvorsitzenden zu stützen.¹⁷

Obwohl es zu keinem Misstrauensantrag gegen Dehler kam und Euler sich auch nicht mit seinem Antrag durchsetzen konnte, die Neuwahl des Bundesvorsitzenden auf den 15. Dezember 1955 vorzuziehen, blieben die vom hessischen Landesvorsitzenden angekündigten Konsequenzen zunächst aus.

14 Wengst (wie Anm. 10), S. 274.

15 Rundbrief August Martin Eulers vom 25.11.1955, ADL, NL Becker, N11-78.

16 Brief des Kreisvorsitzenden Plock des KV Dillkreis an Thomas Dehler vom 26.11.1955, ADL, NL Dehler, N1-1402.

17 Brief Wolfgang Kellners an Thomas Dehler vom 28.11.1955, ADL, NL Dehler, N 1-1425.

Vor seinem Landesverband beschönigte Euler seine Niederlage gegen Dehler, indem er in einem erneuten Rundschreiben davon sprach, dass der Misstrauensantrag obsolet geworden sei, da die Koalitionskrise überwunden und die Neuwahl des Vorsitzenden der Bundestagsfraktion auf den 10. Januar 1956 vorgezogen worden sei.¹⁸ Die Auseinandersetzungen zwischen Adenauer und Dehler und somit auch die Koalitionskrise in Bonn waren jedoch keineswegs überwunden, der Konflikt schwelte weiter und auch die Sorge innerhalb der hessischen FDP vor einer kommenden Spaltung bestand nach wie vor.

Vor diesem Hintergrund bat Max Becker kurz vor Weihnachten 1955 Oswald Kohut und Karl Gaul, diskret in Erfahrung zu bringen, welche zeichnungsberechtigten Vorstandsmitglieder Hessens im Vereinsregister verzeichnet seien. Becker hatte den Hinweis erhalten, dass der hessische Landesverband der einzige sei, der als eingetragener Verein geführt würde, da somit die Haftung der Vorstandsmitglieder, auch für eventuelle Schulden, begrenzt sei. »Es kann aber, falls eine Spaltung eintritt und ein Streit um Namen geführt wird, demjenigen, welcher im Vereinsregister eingetragen ist, durch diese Eintragung ein größeres Recht auf Namenführung zugesprochen werden, als anderen.« Zusätzlich richtete Becker die Bitte an Gaul, dafür Sorge zu tragen, dass die Kreisverbände Wetzlar, Dillkreis und Frankfurt ebenfalls so schnell wie möglich ihre Eintragung ins Vereinsregister bewirken sollten, um, wie Becker sich ausdrückte, »die Hände im Omelett zu halten«.¹⁹

Die drei genannten Kreisverbände scheinen als loyal der Bundes-FDP gegenüber angesehen worden zu sein, was sich Ende Dezember 1955 bestätigte. Auf dem Treffen der Vorsitzenden oder stellvertretenden Vorsitzenden der Kreisverbände Dillkreis, Wetzlar, Limburg, Biedenkopf, Marburg, Gießen und Frankfurt sprach man sich gegen eine Neuwahl des Vorstandes der Bundestagsfraktion aus, stellte aber klar, dass man im Falle einer solchen Wahl für die Wiederwahl Dehlers plädierte. Auch wurde heftige Kritik an Euler als Landesvorsitzendem geübt, und man sprach sich für eine Kampfkandidatur Max Beckers gegen Euler aus.²⁰

Zu dem sich bereits lange abzeichnenden Bruch kam es dann am 23. Februar 1956. Als Folge der Auseinandersetzungen auf Bundesebene um die Einführung des sogenannten »Grabenwahlrechts« entschloss sich die FDP in Nordrhein-Westfalen gemeinsam mit der SPD ein Misstrauensvotum gegen den Ministerpräsidenten Arnold anzustrengen und aus der Koalition mit der CDU

18 Rundbrief August Martin Eulers vom 2.12.1955, ADL, NL Becker, N11-78.

19 Max Becker spricht zwar in dem Brief an Karl Gaul vom Kreisverband Dillenburg, hierbei handelte es sich jedoch um den Kreisverband Dillkreis, in dem sich die Stadt Dillenburg befindet. Brief Max Beckers an Karl Gaul vom 19.12.1955, ADL, NL Becker, N 11-78; Vertraulicher Brief Max Beckers an Oswald Kohut vom 19.12.1955, ADL, NL Becker, N 11-78.

20 Brief Karl Gauls an Max Becker vom 29.12.1955, ADL, NL Becker, N 11-78.

auszuscheren, um stattdessen ein Regierungsbündnis mit den Sozialdemokraten einzugehen.

Auch wenn die Haltung des Bundesvorsitzenden Dehler zu den Vorgängen in Düsseldorf unklar war²¹, eskalierte die Situation in Bonn. Euler und die Ministerriege planten zunächst einen Misstrauensantrag gegen Dehler, ersetzten ihn dann aber durch einen Antrag auf Ausscheiden aus der Fraktion, den man am 22. Februar zirkulieren ließ. Laut der Darstellung Udo Wengsts habe Theodor Heuss auf die Spalter eingewirkt, mit ihrem Austritt bis zum 4. März 1956, dem Abend der Landtagswahl in Baden-Württemberg zu warten, jedoch sei es ihnen in der Fraktionssitzung am 23. Februar unmöglich gemacht worden, die Sezession nicht zu vollziehen. »Denn Max Becker stellte zu Beginn der Fraktionssitzung geschäftsordnungsmäßig sehr geschickt die entsprechenden Fragen, die die Opponenten in die Enge trieb und zu Bekenntnissen veranlasste, die sie als Spalter bloßstellten.«²²

Im Informationsrundbrief der Bundestagsfraktion vom 27. Februar 1956 lesen sich die Ereignisse etwas anders. Da bereits in den Medien Informationen verbreitet worden seien, wonach die Gegner Dehlers eine Trennung von der Fraktion und Euler die Neugründung einer Partei plane, Euler des weiteren während der Bundestagssitzung am 23. Februar Unterschriften unter die Austrittserklärung gesammelt habe, sei dann in der Fraktionssitzung auf eine Erklärung gedrängt worden. Becker habe an die Loyalität der Anwesenden appelliert und sie aufgefordert »sich über etwaige Austrittsabsichten zu äußern und sich im Interesse der Sauberkeit offen und mannhaft zu erklären.« Eine deutliche Antwort habe man aber von den Abspaltern nicht erhalten und auch vier Tage später sei immer noch keine Erklärung über die Gründe des Austritts erfolgt.²³

Obwohl die hessische FDP in den vorangegangenen Monaten sich immer wieder ablehnend zu möglichen Spaltungsabsichten Eulers geäußert hatte, schien dieser der Überzeugung zu sein, dass der Landesverband ihm bei seinem Austritt aus der FDP folgen würde. Aber trotz dieser Hoffnung beschlossen der Landesvorstand und der Landeshauptausschuss auf einer Sondersit-

21 Laut Udo Wengst sprach Dehler einerseits davon, dass die Entwicklung in Düsseldorf ihm Sorge bereite, andererseits versicherte er den Freunden in Nordrhein-Westfalen seine »'auf-richtige Verbundenheit, komme was da wolle'«. Wengst (wie Anm. 10), S. 287; Lutz Nickel sieht Dehler sowohl als »Förderer des Machtwechsels«, bedingt durch seine »stille Zustimmung«, als auch als »von den Geschehnissen Getriebener«: Von den einflussreichen Düsseldorfern vor die Wahl gestellt, den Coup zu unterstützen oder abzulehnen, entschied er sich für die Zustimmung, um seine Ziele in der Außen- und Deutschlandpolitik sowie der Wahlrechtsfrage zu erreichen, wie auch seine eigene Macht zu retten.« Nickel (wie Anm. 2), S. 100f.

22 Wengst (wie Anm. 10), S. 288.

23 Informationsrundbrief der FDP-Bundestagsfraktion Nr. 65 (2. Wahlperiode) vom 27.02.1956, ADL, NL Becker, N 11-77.

zung, nicht den Weg der Sezession zu beschreiten, sondern in der FDP zu verbleiben.

Da die endgültige Entscheidung aber erst auf dem außerordentlichen Landesparteitag am 24./25. März fallen sollte, drang Becker in einem Brief an Dehler darauf, sich ruhig und sachlich zu verhalten, da das beste Mittel gegen die Spaltung in der Wiedergewinnung möglichst vieler Spalter liege.²⁴

Eine ruhige und sachliche Herangehensweise entsprach aber nun gar nicht dem Temperament Dehlers, der sich zudem persönlich getroffen fühlte. In einem Interview mit dem »Spiegel« sprach Dehler davon, dass die Bundesminister und der Landesverband Hessen für die Spaltung verantwortlich seien, denn »seit ›Jahr und Tag‹ würden ›Oppositionssitzungen der Hessen mit der Ministergruppe‹ stattfinden, gleich einem ›Sonderparlament‹«. Hauptverantwortlicher für die zurückliegenden Auseinandersetzungen sei Euler gewesen, der »die Herrschaft in der Partei« habe erringen wollen; in diesem Artikel schloss Dehler auch eine Rückkehr der Abspalter, insbesondere Eulers kategorisch aus.²⁵

Aber trotz allem wurde der Verbleib des Landesverbandes auf dem außerordentlichen Landesparteitag Ende März 1956 beschlossen,²⁶ entscheidend hierfür waren wohl das einheitliche Bekenntnis der Landtagsfraktion gegen die Loslösung von der Partei, und das entschlossene Handeln des Fraktionsvorsitzenden Kohut und des parlamentarischen Geschäftsführers Mischnick.²⁷

Trotz dieser Entscheidung des hessischen Landesverbandes blieb Dehler stark umstritten. Man hatte sich zwar gegen eine Spaltung, aber nicht unbedingt für ihn entschieden. So betonte Kohut in der Sitzung des Organisationsausschusses am 8. März in Koblenz, dass der Verbleib der Hessen keineswegs als Vertrauensbekundung für den Bundesvorsitzenden zu verstehen sei, ganz im Gegenteil: 80% der hessischen FDP seien gegen ihn eingestellt. Zwar ließ Kohut dahingestellt, ob die Gründe hierfür in den Reden Dehlers oder in der Propaganda Eulers und der Union zu suchen seien, nichtsdestoweniger seien die hessischen Abgeordneten entschlossen, für den kommenden Bundesparteitag Becker als Gegenkandidaten zu Dehler zu unterstützen.²⁸

Zwar konnte sich Becker auf dem Bundesparteitag in Würzburg am 21. April 1956 nicht gegen Dehler durchsetzen, es gelang ihm jedoch mit den 67 für ihn abgegebenen Stimmen, mehr auf sich zu vereinigen, als die Landesverbände

24 Brief Max Beckers an Thomas Dehler vom 27.02.1956, ADL, NL Dehler, N 1-1485.

25 Wengst (wie Anm. 3), S. XLVIII; Nickel (wie Anm. 2), S. 103.

26 Brief Max Beckers vom 27.02.1956 (wie Anm. 24).

27 Staudt (wie Anm. 4), S. 40.

28 Aktennotiz Oswald Kohuts vom 09.03.1956 über die Sitzung des Organisationsausschusses am 08.03.1956 in Koblenz, ADL, NL Becker, N 11-77.

Hessen und Berlin, der Beckers Kandidatur ebenfalls unterstützte, an Stimmberechtigten stellten.²⁹

Wie auch im Landesverband Berlin waren die Auswirkungen der Ereignisse des Frühjahres 1956 für den hessischen Landesverband gravierend. Hier stellte der Weggang Eulers und seiner Anhänger eine Existenzgefährdung dar, die nicht nur aus dem Austritt von sechs der neun hessischen Bundestagsabgeordneten resultierte. Die Spaltung wirkte sich sowohl im organisatorischen, wie auch im finanziellen Bereich, und nicht zuletzt im Hinblick auf eine Verunsicherung der Wähler aus, die in den folgenden Wahlen der FDP in Hessen die Unterstützung verwehrten.

Auch wenn sich die hessische FDP auf Landesverbandsebene für einen Verbleib in der Partei ausgesprochen hatte, blieb die Haltung der einzelnen Kreisverbände lange Zeit unklar. So bestätigten manche erst im Mai 1956 ihren Verbleib in der Partei. Schließlich entschieden sich die Kreisverbände Frankfurt, Friedberg, Marburg, Schlüchtern, Wiesbaden und Witzenhausen für die FDP, während Büdingen, Hofgeismar, Hünfeld, Rotenburg und Wolfenhagen aus der FDP austraten.³⁰

Der Wiederaufbau der Organisationsstrukturen stellte für den Landesverband in den folgenden Monaten ein großes Problem dar und erwies sich zudem als sehr langwierig. Zwar wurde in der Vorstandssitzung am 1. September 1956 festgehalten, dass bis auf Wolfenhagen und Büdingen alle Kreisverbände wieder bestünden³¹, jedoch ist fraglich, inwieweit dies mehr als nur eine nominelle Existenz bedeutete. So beklagte beispielsweise der Kreisverband Rotenburg, dass man einen Wiederaufbau nach der Spaltung versucht habe, diesen aber aufgrund von Geldmangel und fehlender Unterstützung durch den Landesverband nicht weiter fortsetzen könne.³²

29 Wengst (wie Anm. 10), S. 291f.

30 Brief Max Beckers vom 27.02.1956 (wie Anm. 24); Notiz Werner Stephans für Thomas Dehler vom 29.02.1956, ADL, NL Dehler, N 1-1536; Aktenvermerk Ludwig Schröders betreff des KV Friedberg (s) ! vom 30.4.1956, ADL, LV Hessen, 14426; Aktenvermerk Ludwig Schröders betreff des KV Schlüchtern vom 30.4.1956, ADL, LV Hessen, 14426; Niederschrift über die Jahreshauptversammlung des Kreisverbandes Witzenhausen am 18.05.1956, ADL, NL Gries, N 63-169; Anmerkungen zur Vorstandssitzung am 01.09.1956, ADL, NL Becker, N 11-72; Brief Max Beckers an den LV Hamburg z.Hd. Willy Max Rademachers vom 26.09.1956, ADL, NL Becker, N 11-8; Schreiben Erich Mix an Max Becker vom 04.07.1957, ADL, NL Becker, N 11-8.

31 Anmerkungen zur Vorstandssitzung am 1.09.1956 (wie Anm. 30). Zum Kreisverband Wolfenhagen sei an dieser Stelle noch angemerkt, dass sich dessen Neugründung als besonders schwierig erwies. So war noch im Juli 1958, also mehr als 2 Jahre nach der Spaltung, die Rede davon, dass die Neugründung unmittelbar bevorstünde, was aber auch bereits im Februar 1958 angekündigt worden war. Brief Ludwig Schröders an Max Becker vom 10.02.1958, ADL, NL Becker, N 11-8; Protokoll über die Sitzung des Landesvorstandes am 21.06.1958 vom 04.07.1958, ADL, NL Becker, N11-36.

32 Reaktion des KV Rotenburg vom 31.10.1956 auf das Rundschreiben Nr. 22/56 des LV, ADL, NL Becker, N 11-8; Brief Karl Leonhards an Max Becker und Oswald Kohut vom 22.11.1956, ADL, NL Becker, N 11-23.

Als ausgesprochen problematisch für die FDP Hessen erwies sich auch das Wegbrechen der Unterstützung verschiedener Verbände. So versagte die Führung des hessischen Bauernverbandes, der besonders im ländlichen Nordhessen über großen Einfluss verfügte, den Liberalen nach den Ereignissen des Frühjahres 1956 die Unterstützung und stellte sich stattdessen hinter die CDU.³³

Die Hessen sahen sich mit dem Problem konfrontiert, dass große Verunsicherung über die weitere programmatische Ausrichtung der Partei herrschte, da immer wieder Gerüchte aufkamen, dass sie auch in Hessen eine Koalition mit der Regierungspartei SPD plane. Der Nachfolger Eulers im Amte des Landesvorsitzenden, Max Becker, bemühte sich, solche Zweifel aus dem Wege zu räumen, indem er wiederholt versicherte, dass die FDP weiterhin als unabhängige Kraft fungiere, die sich weder zum Satelliten der CDU noch der SPD machen lasse. Becker sah die FDP zudem mit einem Gegner konfrontiert, der nicht nur den Spaltern große Geldsummen zur Verfügung gestellt hatte, sondern auch nach der Spaltung noch versuchte, die FDP zu verunglimpfen. »Es wird ganz offensichtlich versucht von einer Seite, die viel Geld hat und die ich nicht näher zu bezeichnen brauche, dauernd widersprechende Nachrichten über die FDP in die Presse zu bringen, um wieder erneut Unruhe unter unseren Wählern zu stiften.«³⁴

Diese Unsicherheit über die zukünftige Rolle der FDP im hessischen Parteiensystem führte aber nicht nur zur Verunsicherung möglicher Wähler, auch die hessische Gesellschaft zur Förderung der Wirtschaft sah sich veranlasst, ihre Zahlungen an die FDP einzustellen.³⁵ Dies hatte große Auswirkungen auf die Liquidität des Landesverbandes, der aufgrund geringer Mitgliederzahlen und der noch nicht geregelten staatlichen Parteienfinanzierung in besonderem Maße auf Spenden aus der Wirtschaft angewiesen war.

- 33 Brief Max Beckers an Reinhold Maier vom 18.05.1957, ADL, NL Becker, N 11-7; Theo Schiller: Die Freie Demokratische Partei (FDP) in Hessen. In: Dirk Berg-Schlosser u.a. (Hrsg.): Parteien und Wahlen in Hessen 1946-1994. Marburg 1994, Seite 167-187, S. 183; Theo Schiller: Die FDP in Nordhessen. In: Theo Schiller u.a. (Hrsg.): Politische Kultur im nördlichen Hessen. Marburg 1993, S. 246-255, hier S. 249.
- 34 Brief Max Beckers an Alexander von Engelberg vom 03.12.1956, ADL, NL Becker, N 11-68. Mit dem Vorwurf einer Umorientierung in Richtung der SPD begründet auch August Martin Euler seinen Austritt aus der Partei: August Martin Euler: Klare Entscheidung nötig (wie Anm. 9).
- 35 Nach einem Beschluß der Zentralverbände der Wirtschaft wurde die finanzielle Unterstützung für Parteien seit Anfang der fünfziger Jahre vor allem über die neu gegründeten Fördergesellschaften und nicht mehr als Direktspenden abgewickelt. Dies verhalf den Fördergesellschaften zu großem (n)! politischen Einfluß, den (n)! sie nicht nur gegenüber der FDP geltend machten. So waren Zahlungen an die CDU Hessen ausgesetzt worden, als diese sich 1953 zunächst nicht bereit erklärte, ein Wahlbündnis mit FDP und DP einzugehen. Karl-Heinz Adams: Parteienfinanzierung in Deutschland. Entwicklung der Einnahmestrukturen politischer Parteien oder eine Sittengeschichte über Parteien, Geld und Macht. Marburg 2005, S. 95.

Aus diesem Grunde bemühte man sich in den Monaten nach der Spaltung immer wieder, die Fördergesellschaft zur Wiederaufnahme der Zahlungen zu bewegen, was sich aber als wenig erfolgreich erwies. Noch im Februar 1958 erfolgten keine Zahlungen, und auch noch Anfang der sechziger Jahre wurde bemängelt, dass die Unterstützung zu gering ausfalle.³⁶ Der Rückgang an Spenden und der Wegfall von Mitgliedsbeiträgen durch zahlreiche Parteiaustritte führte, wie bereits angedeutet, zu einer deutlichen Verschlechterung der finanziellen Lage des Landesverbandes, die jedoch auch schon vor der Spaltung problematisch gewesen zu sein scheint.

Zwar fehlen genauere Angaben zu der Zeit vor 1956, aber bereits Anfang 1954 sprach der Bundesschatzmeister Rubin in diesem Zusammenhang von dem »Problem Hessen« und davon, dass Euler eine Prüfung der Bücher zu verhindern suchte.³⁷

Direkt nach der Spaltung sah sich der Landesverband dann mit 100.000 DM Schulden konfrontiert, die in einer Aufstellung von Ende August 1956 genauer aufgeschlüsselt sind. Demzufolge belief sich die Gesamtsumme der finanziellen Verbindlichkeiten auf ca. 93.000 DM, in Form von 30.000 DM Fremd- und 38.000 DM parteiinternen Schulden des Landesverbandes.³⁸ An anderer Stelle war sogar von 48.000 DM parteiinternen Schulden die Rede. Dazu kamen 23.000 DM Schulden des Kreisverbandes Kassel, die allein eine Steuerschuld von 14.000 DM beinhalteten.

Obwohl der monatliche Etat zu diesem Zeitpunkt um 3/4 der vorherigen Ausgaben auf nur 15.000 DM reduziert wurde, fehlten laut eines Briefes an den Bundesverband immer noch monatlich 5.000 DM, um die Kosten zu decken. Die Hilfe des Bundesverbandes sei daher unabdinglich, da man sich sonst nicht in der Lage sehe, die kommenden Wahlkämpfe zu bestreiten. Auch sei eine Übernahme der Schulden, zumindest teilweise, vonnöten. So stellte der Landesgeschäftsführer Ludwig Schröder fest: »Ohne diese finanzielle Stärkung wird der Landesverband Hessen nicht länger existenzfähig sein.«³⁹

Der Bundesverband erklärte sich dann auch bereit, dem Kreisverband Kassel, der sich allein schon 23.000 DM Schulden gegenüber sah, ein Darlehen von

36 Siehe Brief Max Beckers an Theo Psotta vom 05.12.1956, ADL, NL Becker, N 11-26; Aktennotiz Ludwig Schröders betreff eines Gesprächs mit dem Geschäftsführer der Fördergesellschaft Schröder vom 29.08.1956, ADL, NL Becker, N 11-68; Brief Ludwig Schröders an Max Becker vom 10.02.1958, ADL, NL Becker, N 11-8; Brief Heinz Herbert Karrys an Hans Wolfgang Rubin vom 03.05.1962, ADL, NL Mischnick, A 24-73.

37 Brief Hans Wolfgang Rubins an Thomas Dehler vom 15.02.1954, ADL, NL Dehler, N1-1343.

38 Beratungspunkte für die Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstandes am 03.08.1956, ADL, NL Becker, N 11-68; Anmerkungen zur Vorstandssitzung am 1.9.1956 (wie Anm. 30).

39 Kommentar des LV Hessen vom 29.08.1956 zu den Besprechungspunkten der Bundesvorstandssitzung, ADL, NL Becker, N 11-68.

15.000 DM zu gewähren.⁴⁰ Hinzu kamen noch Zahlungen des Fraktionsvorstandes der FDP im hessischen Landtag von insgesamt 20.000 DM, so dass wenigstens die Dezenbergehälter und ein Teil des Weihnachtsgeldes an die hauptamtlichen Mitarbeiter gezahlt werden konnten.⁴¹ Aber nicht nur der Bundesverband wurde um Hilfe ersucht, Max Becker wandte sich in seiner Eigenschaft als Landesvorsitzender Hessens Ende September 1956 an den Landesverband Hamburg mit der Bitte, eine Patenschaft für die neugegründeten Kreisverbände Hünfeld und Rotenburg zu übernehmen. Diese Patenschaft sollte in Form von monatlichen Zahlungen bis Ende des Jahres in Höhe von 600 bzw. 250 DM erfolgen, damit der kommende Kommunalwahlkampf zu bestreiten sei.⁴²

Die Spaltung im Frühjahr musste sich geradezu zwangsläufig auf die Ergebnisse der Kommunalwahlen im Herbst 1956 auswirken. Durch die ständig in der Presse ausgetragenen Auseinandersetzungen zwischen FDP- und FVP-Funktionsträgern waren die Wähler verunsichert, der FDP haftete das Odium einer möglichen Koalition mit der SPD an, es fehlte an finanziellen Mitteln, um im üblichen Umfang Wahlkampf zu betreiben, und gerade in Nordhessen hatten Bauernverband und andere Mittelstandsverbände der FDP die Unterstützung entzogen.

Ein weiteres Problem stellte sich der FDP in der Tatsache, dass sie seit 1952 in vielen Kreistagen nur im Rahmen von überparteilichen Wählervereinigungen vertreten war, was sich nach der Spaltung als deutlicher Nachteil erwies. Theo Schiller spricht in diesem Zusammenhang vom »investierten Potential, dass sich nur schwer aus diesen Blockbindungen herauslösen« ließ. Insbesondere der CDU gelang es, kleinere Gruppen der bürgerlich-nationalen Sammlung an sich zu binden.⁴³

Entsprechend fielen die Wahlergebnisse aus: Im Vergleich zu den Kommunalwahlen 1952 verlor die FDP auf Gemeindeebene 2,9, in den kreisfreien Städten 8,8 und bei den Kreiswahlen 5,5 Prozentpunkte.⁴⁴

Noch gravierender gestalteten sich die Verluste der folgenden Bundes- und Landtagswahlen 1957 und 1958. Hatte die FDP bei der Bundestagswahl 1953 in Hessen noch 19,7% der Stimmen erringen können, so reduzierte sich 1957 das Ergebnis um über 10 Prozentpunkte auf 8,5% der Stimmen. Ein ähnliches Bild ergab sich für die Landtagswahlen, wo sie von 20,5% im Jahre 1954 auf

40 Anmerkungen zur Vorstandssitzung am 01.09.1956 (wie Anm. 30); Brief des Bundeschatzmeisters Rubin an Max Becker vom 05.09.1956, ADL, NL Becker, N 11-68.

41 Brief Ludwig Schröders an Max Becker vom 18.12.1957, ADL, NL Becker, N 11-71.

42 Brief Max Beckers vom 26.09.1956 (wie Anm. 30).

43 Schiller, Nordhessen (wie in Anm. 33) S. 250; Schiller, FDP in Hessen (wie in Anm. 33) S. 182.

44 Dirk Berg-Schlosser u.a. (Hrsg.): Parteien und Wahlen in Hessen 1946-1994. Marburg 1994, S. 309f.

9,5% 1958 absank.⁴⁵ Ein Grund für die schlechten Wahlergebnisse dürfte zudem darin zu suchen sein, dass die Partei auch nach der Spaltung in der Öffentlichkeit immer noch den Eindruck einer sehr heterogenen Gruppierung vermittelte. Immer wieder wurden innerparteiliche Auseinandersetzungen über die Presse ausgetragen. So sorgten die Streitigkeiten zwischen Kreisverband und Stadtverordnetenfraktion in Frankfurt im Sommer 1956 für so viel Aufsehen, dass man sich mit dem Problem auch in der Bundesvorstandssitzung beschäftigte.⁴⁶

Auch der Landesprüfungsausschuss wurde immer wieder zu Rate gezogen, wenn es darum ging, das Verhalten von politischen Gegnern auf seine Angemessenheit zu überprüfen, selbst wenn es sich um Lappalien handelte.⁴⁷

In den folgenden Jahren wurde versucht, die Parteiabläufe zu professionalisieren und die Rolle des Landesverbandes gegenüber der der Kreisverbände zu stärken. Auch von einer Neuordnung der Finanzorganisation war bereits im Dezember 1956 die Rede.⁴⁸

Trotz aller Bemühungen wuchsen die Schulden des Landesverbandes jedoch bis auf 250.000 DM nach dem Bundestagswahlkampf von 1961 an.⁴⁹

Wie bereits zuvor wurde der Bundesverband um Unterstützung gebeten.⁵⁰ Darüber hinaus wurde auch von den Mandatsträgern der FDP in Hessen voller Einsatz erwartet. Laut eines Beschlusses der Landesvorstandssitzung vom Januar 1963 wurden die Mitglieder des Bundestags um eine Bürgschaft über 10.000 DM und Mitglieder des Landtages und des Vorstandes um jeweils eine Bürgschaft über 5.000 DM ersucht.⁵¹

Da es aber Anfang der 60er Jahre, wie auch auf Bundesebene, wieder gelang, die Wahlergebnisse zu stabilisieren, indem man unter anderem Teile der ländlichen Bevölkerung vorübergehend zurückgewann und den handwerklichen Mittelstand wieder an sich binden konnte, besserten sich langsam die Spendeneinnahmen des Landesverbandes. Entscheidend dafür war auch der Ein-

45 Bernd Heidenreich/Konrad Schacht (Hrsg.): Hessen. Eine politische Landeskunde. Stuttgart 1993, S. 208f.

46 Protokoll der Bundesvorstandssitzung am 18.07.1956, in: FDP-Bundesvorstand (wie in Anm. 10), Seite 186-192, S. 190.

47 So sollte sich Heinrich Rodemer, Mitglied des Landesvorstandes und des Landtages, einem solchen Verfahren unterziehen, weil er den Landesvorsitzenden Max Becker als »Schwein« bezeichnet hatte. Brief Richard Hammers an Oswald Kohut vom 20.02.1958, ADL, NL Becker, N 11-6.

48 Brief des Landesverbandes Hessen vom 06.12.1956 an alle Kreisvorsitzenden, Kreisschatzmeister, Bezirksgeschäftsführer und Kreisgeschäftsführer betreff der Tagung der Kreisschatzmeister, ADL, NL Becker, N 11-79.

49 Schreiben Heinz Herbert Karrys vom 03.05.1962 (wie Anm. 36).

50 Ebd; Brief Heinz Herbert Karrys an Hans Wolfgang Rubin vom 15.11.1962, ADL, LV Hessen, 14421.

51 Beschlussprotokoll der Landesvorstandssitzung am 05.01.1963 vom 09.01.1963, ADL, NL Gries, N 63-246.

satz Heinz Herbert Karrys als Landesschatzmeister. Bis November 1965 konnten alle Schulden des Landesverbandes gegenüber der Bundespartei abgebaut werden und nur einen Monat später konnte die Landesvorstandssitzung melden, dass die finanzielle Situation des Landesverbandes zufriedenstellend sei.⁵²

Die sechziger Jahre brachten schließlich diverse Veränderungen mit sich, die aber bereits nach der Spaltung 1956 ihren Anfang genommen hatten. Wie bereits erwähnt, wandelte sich der Landesverband von einer nationalistisch-konservativen zu einer eher national-liberalen Ausrichtung mit einer Betonung der wirtschaftsliberalen Prägung, die aber auch linksliberalen Strömungen die Möglichkeit zur Entfaltung gab.⁵³

Als Oswald Kohut aus Protest gegen den Eintritt der FDP in das Kabinett Adenauer vom Landesvorsitz der hessischen FDP zurücktrat, den er 1958 von Max Becker nach dessen Rückzug aus gesundheitlichen Gründen übernommen hatte, übernahmen seine beiden Stellvertreter Heinrich Kohl und Wolfgang Mischnick von November 1961 bis Februar 1962 die geschäftsführende Leitung des Landesverbandes. Mischnicks Niederlage gegen Kohl bei der Wahl um den Landesvorsitz auf dem Landesparteitag im Februar 1962 zeigte zweierlei: Der Landesverband war noch nicht für die von Mischnick parteiintern angekündigte Richtungsentscheidung bereit, die von ihm propagierte Offenheit auch gegenüber den Sozialdemokraten war noch nicht mehrheitsfähig. Ebenso deutlich zeigte die Wahl des Landrates von Frankenberg, Heinrich Kohl, der in Nordhessen fest verankert war, dass die nordhessischen Kreise den Landesverband noch immer dominierten.⁵⁴

Diese Dominanz nahm im Laufe der sechziger Jahre aber stark ab, es erfolgte eine Verschiebung nach Südhessen, mit der auch erneut Verluste in der bürgerlichen Wählerbasis verbunden waren.⁵⁵ Diese Verluste, wie auch die Abnahme der gewerblichen und kaufmännischen Selbstständigen unter der Wählerschaft der FDP korrelierten mit der allgemeinen, sozialen Entwicklung in der Bundesrepublik in den sechziger Jahren, die unter anderem mit dem Begriff der »Tertiärisierung der Wirtschaft« beschrieben wird. Der sogenannte »neue Mittelstand«, also Angestellte und Beamte, wurden zur stärksten Wählergruppe.

Der Wandel, den der Landesverband auch in programmatischer Hinsicht in dieser Zeit vollzogen hatte, wurde dann durch die Wahl Wolfgang Mischnicks zum neuen Landesvorsitzenden im Juni 1967 offensichtlich. Mischnick stand für einen reformorientierten und koalitionspolitisch offeneren Kurs, der auch

52 Beschlussprotokoll der Landesvorstandssitzung am 04.12.1965 vom 13.12.1965, ADL, NL Gries, N 63-246.

53 Schiller, FDP in Hessen (wie in Anm. 33), S. 170.

54 Staudt (wie in Anm. 4), S. 77.

55 Schiller, FDP in Hessen (wie in Anm. 33) S. 174

eine Koalition mit der SPD nicht mehr ausschloss. Man hatte erkannt, dass Regierungsverantwortung in Hessen zunächst nur über die Sozialdemokraten zu erreichen war, und dass die absolute Mehrheit der SPD nur durch das Abziehen von Teilen ihrer Wähler zur FDP zu verhindern war.

Nach den Landtagswahlen 1970 in Hessen, die ganz im Zeichen der Bundespolitik standen, kam es dann zu der Bildung einer sozial-liberalen Koalition, die der schwächelnden Koalition in Bonn den Rücken stärkte, und die die zweite große Zäsur in der Geschichte der hessischen FDP darstellte.

Nachdem die Spaltung im Jahre 1956 die Partei existentiell bedroht hatte, was vor allem durch den Einsatz einzelner, wie Max Becker, Oswald Kohut und Wolfgang Mischnick, sowie durch wiederholte finanzielle Unterstützung des Bundesverbandes verhindert wurde, konnte sie 1970 Regierungsverantwortung übernehmen; gemeinsam mit der SPD, was wenige Jahre zuvor in Hessen noch völlig undenkbar gewesen wäre.

Die Friedrich-Naumann-Stiftung als Vermächtnis von Theodor Heuss?

Offensichtlich braucht jede Institution, die ein gewisses Alter erreicht, einen Gründungsmythos. Der Gründungsmythos der Friedrich-Naumann-Stiftung heißt Theodor Heuss. Auf ihrer Webseite wirbt die Stiftung bei der Beschreibung ihres Profils mit einem Zitat und einem Bild von Heuss¹, und ihre Chronik² beginnt mit dem Satz, dass die Stiftung am 19. Mai 1958 »im Haus des Bundespräsidenten« gegründet wurde. In der Todesanzeige für Heuss hatte die Stiftung diesen als ihren »Gründer und Protektor«³ bezeichnet. Und nicht zuletzt wird man die Tatsache, dass die Stiftung ihre erste Bildungsstätte nach Theodor Heuss benannte, als den in Stein gehauenen Anspruch ansehen, sein Vermächtnis zu pflegen.

Diese Herausstellung der Bedeutung von Heuss für die Stiftung geht zurück auf deren ersten Geschäftsführer, Werner Stephan, dessen Darstellung der Stiftungsgründung⁴ das Wissen der Stiftung von sich selbst über viele Jahre prägte. Stephan⁵, Reichsgeschäftsführer der DDP in der Weimarer Republik, hatte während seiner späteren Tätigkeit im Propagandaministerium Heuss geholfen, unter Pseudonym zu publizieren, und Heuss zeigte sich dankbar, indem er Stephan 1951 zum Geschäftsführer der »Dankspende des deutschen Volkes« machte. 1955 war Stephan von der FDP zu deren Bundesgeschäftsführer berufen worden, ein Amt, das er bis 1959 innehatte.

Als Stephan Bundesgeschäftsführer wurde, befand sich die FDP in einer schwierigen Phase. Der »Jungtürken-Aufstand« in Düsseldorf und die Abspaltung eines Teils der Fraktion im Jahre 1956 führten zusammen mit dem Verlust der Regierungsbeteiligung auf Bundesebene 1957 in Teilen der FDP zu dem Wunsch, zu einer inhaltlichen Neubestimmung des Liberalismus zu kommen. Die Einrichtung einer »Bundespartei-schule« und die Gründung

1 http://www.fnst-freiheit.org/webcom/show_article.php/_c-419/_lkm-556/i.html.

2 http://www.fnst-freiheit.org/webcom/show_article.php/_c-692/_nr-1/_lkm-1011/i.htm

3 Todesanzeige für Theodor Heuss, in: Archiv des Liberalismus (im folgenden ADL), Bestand FNSt, Akte 7808: Korrespondenz Geschäftsführung – Vorstand.

4 S. zuletzt Werner Stephan: Die Friedrich-Naumann-Stiftung. Entstehung und Entwicklung, in: Jahresbericht 1983, S. 20-33.

5 Zu Werner Stephan s. zuletzt: Barthold C. Witte: Liberaler in schwierigen Zeiten – Werner Stephan, in: Jahrbuch zur Liberalismusforschung 18 (200&), S. 239-254.